



„KEINE GESCHÄFTE UNTER FREUNDEN!“

Axel Vogel über den BBG-
Untersuchungsausschuss

> Seite 2



BESSERE RADWEGE

Höhere Priorität für das Fahrrad
in der Verkehrsplanung

> Seite 4



ENGLISH? NO, SORRY!

Fortbildung statt Schelte
für LehrerInnen

> Seite 11



©photocase.com/minze

ALTES NEU BETRACHTEN

Dass Fehler der Vergangenheit sich meist rächen, zeigt sich eindrucksvoll an der aktuellen Auseinandersetzung um den Fluglärm, der vom Flughafen BBI Schönefeld ausgehen und die nahen Kommunen und Bezirke belasten wird. Der entscheidende Fehler war die politisch motivierte Wahl des Standorts Schönefeld: Einen Großflughafen in der Nähe von rasch wachsenden Siedlungsbereichen zu planen, zeugt nicht nur von Naivität, sondern auch von wenig Ahnung davon, was man den Menschen der Region zumuten kann. Der zweite Fehler ist die Fixierung auf ein völlig überdimensioniertes Drehkreuz. Davon wird man abrücker müssen.

Auch andere Fehler der Vergangenheit wollen wir transparent machen und daraus für die Zukunft lernen. Sowohl die Enquete-Kommission zu den Folgen der SED-Diktatur als auch ein seit kurzem arbeitender Untersuchungsausschuss zur so genannten Immobilienaffäre wurden von der Opposition durchgesetzt, in beiden sind wir engagiert tätig. Mehr davon und zu unseren anderen Schwerpunkten im Brandenburger Landtag finden Sie in dieser zweiten Ausgabe von brandGRÜN. Viel Spaß beim Lesen!


Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender


Marie Luise von Halem
Parlamentarische Geschäftsführerin

3 FRAGEN AN...

AXEL VOGEL



„KEINE GESCHÄFTE UNTER SPORTSFREUNDEN!“

Welche Aufgaben hat der so genannte BBG-Untersuchungsausschuss? Der Ausschuss geht Geschäften nach, bei denen der Verdacht besteht, dass Grundstücke des Landes weit unter Wert verkauft wurden und untersucht dabei auch die Privatisierung der Brandenburger Bodengesellschaft (BBG). Für diese Gesellschaft musste der Erwerber nur 640.000 Euro aufbringen, obwohl der Verkaufspreis 3,9 Millionen Euro betragen sollte. Das wirft Fragen auf, die nur in einem Untersuchungsausschuss geklärt werden können. Wir wollen zudem prüfen, ob Minister, die zugleich Sportvereinspräsidenten sind, ihre politische Funktion dazu genutzt haben, ihre Vereine zu begünstigen. Konkret geht es um fünf Fälle.

Ein Schwerpunkt der bündnisgrünen Fraktion ist Transparenz. Ist das der Grund für die Auseinandersetzung mit diesen Fällen? Genau, es geht uns um Transparenz: die Vorwürfe, dass es Geschäfte unter „Sportsfreunden“ gab, müssen zweifelsfrei geklärt werden. Es geht uns aber auch darum, für die Zukunft sicherzustellen, dass Landesvermögen nicht unter Wert verschleudert werden kann.

Warum ist ein Untersuchungsausschuss der beste Weg der Aufklärung? Weil er viel mehr Rechte hat als der Landesrechnungshof, einzelne Ministerien oder die regulären Landtagsausschüsse. Wir können wie die Staatsanwaltschaft Zeugen vorladen, Akten einsehen und in extremen Fällen sogar die Verhängung einer Beugehaft beantragen. So können wir tatsächlich Fakten prüfen und Licht ins Dunkel bringen.

Axel Vogel

*Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Mitglied des Untersuchungsausschusses*

KONZEPT DER LANDESREGIERUNG GEFÄHRDET BRANDENBURGS ALLEEN

Nach der Ablehnung der Volksinitiative „Rettet Brandenburgs Alleeen“ im Landtag ist der Alleeenbestand gefährdet. Allein die bündnisgrüne Fraktion stimmte für die Initiative. Das Alleeenkonzept verändert das bisher gültige 1:1 Nachpflanzverhältnis. In den kommenden 20 Jahren sollen bis zu 100.000 Alleebäume ersatzlos gefällt werden – ein Drittel des heutigen Bestandes! Rot-Rot verstößt damit gegen das Brandenburger Naturschutzgesetz. Wir setzen uns weiter für die landschaftsprägenden Alleeen ein.

ZUKUNFT DER ENERGIE: DEZENTRAL UND ERNEUERBAR!

Bündnisgrüne Energiepolitik in Brandenburg hat klare Ziele: Raus aus der Kohle-Sackgasse und volle Kraft voraus in die erneuerbare Zukunft! Weg von Monopolen, hin zu einer Stärkung von dezentralen Energieversorgern! Die bündnisgrüne Fraktion plant für März 2011 einen großen Fachkongress. Dabei sollen u.a. die Rolle der Stadtwerke, Konzessionsverträge und Best-Practice Beispiele wie Bürgersolarvereine oder energieautarke Gemeinden diskutiert werden. Auch ein „Markt der Möglichkeiten“ für Initiativen und Verbände ist geplant.

Details in Kürze auf
gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen/

SOLARE AUTOBAHN FÜR BRANDENBURG

Photovoltaikanlagen auf Lärmschutzwänden und -wällen? Die Vergütung des solaren Stroms kann für einen verbesserten Lärmschutz eingesetzt werden. Was sich ungewöhnlich anhört, macht tatsächlich Sinn: In Bayern gibt es erste – gute - Erfahrungen mit derartigen Konzepten. Eine interessante Option auch für Brandenburg, wie das große Interesse an einem jüngst von der bündnisgrünen Fraktion veranstalteten Fachgespräch zeigte. An der A10 nahe Michendorf soll nun mit Rückenwind aus dem Landtag ein erstes Leuchtturmprojekt entstehen.

VORRANG FÜR ERDKABEL

Wenn es um den Neubau von Hoch- und Höchstspannungsleitungen in Brandenburg geht, schlagen Bürgerinitiativen Alarm. Mit spektakulären Aktionen machen sie auf mögliche Gefahren aufmerksam. Niemand möchte in der Nähe der Leitungstrassen leben.

Gerade wegen der Erhöhung des Stromanteils aus erneuerbaren Energien, der oft nicht in der Nähe des Erzeugungsortes verbraucht werden kann, ist der Ausbau des Stromnetzes in Brandenburg jedoch von großer Bedeutung.

Welche Gefahren können von oberirdischen Freileitungen ausgehen und welche Möglichkeiten gibt es, den Netzausbau verträglicher zu gestalten?

Mögliche Gefahren durch oberirdische Leitungen

Im Umfeld der Leitungen treten starke elektrische Wechselfelder auf. Diese liegen zwar meist unter dem gesetzlichen Grenzwert, jedoch ist es nicht sicher, ob eine Dauerexposition unbedenklich ist. In einer Vielzahl von wissenschaftlichen Studien wurde eine Risikohöherung für bestimmte Krebskrankungen, insbesondere bei der Leukämie bei Kindern, im Zusammenhang mit magnetischen Wechselfeldern beobachtet.

Freileitungen stellen außerdem eine sichtbare Beeinträchtigung des Landschaftsbildes dar. Besonders in landschaftlich reizvollen Regionen und Schutz-



Elektromagnetische Felder bringen Neonröhren zum Leuchten.

©Markus Dietrich und Christoph Iwanow

gebieten werden Erholungswert und damit auch touristische Chancen eingeschränkt. NaturschützerInnen sind besorgt, weil viele Zugvögel nachts mit den Leitungen kollidieren und sterben.

Seit Jahren wird daher diskutiert, ob der Neubau von Leitungen in der Nähe von Siedlungen oder Erholungsgebieten durch Erdkabel anstelle von oberirdischen Leitungen erfolgen kann. Netzbetreiber behaupten oft, Erdkabel seien zu teuer und technisch aufwändig. Hierbei muss zwischen dem Hochspannungsnetz mit einer Spannung von 110 Kilovolt (kV) und dem Höchstspannungsnetz mit 380 kV unterschieden werden. Hochspannungsleitungen als Erdkabel zu verlegen ist technischer Standard, bei Höchstspannungsleitungen ist der technische Aufwand höher. Doch es gibt weltweit zahlreiche Beispiele von Leitungen bis zu 500 kV, die über viele Jahre problemlos in Betrieb sind.

Entwurf Erdkabelgesetz

Daher hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Entwurf für ein Brandenburger Erdkabelgesetz erarbeitet und gemeinsam mit der FDP in den Landtag

eingebraucht. Danach soll für Hochspannungsleitungen die Erdverkabelung verbindlich vorgeschrieben werden, da diese technisch problemlos umzusetzen ist. Die Erdverkabelung von Höchstspannungsleitungen soll in Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten und in der Nähe von Wohnsiedlungen verbindlich sein. Bei der Trassenbestimmung sollen wertvolle Biotope, insbesondere sensible Mooregebiete, umgangen werden.

Die Erdverkabelung, die in der Ausführung zunächst teurer ist, rechnet sich bei steigenden Elektrizitätskosten aufgrund geringerer Leitungsverluste. Zudem werden klimaschädliche Immissionen bei der Energieerzeugung vermieden.

Das Brandenburger Erdkabelgesetz würde somit für wesentlich mehr Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern für den notwendigen Ausbau des Hoch- und Höchstspannungsnetzes in Brandenburg sorgen.

Am 09.02.2011 findet eine öffentliche Anhörung zum Gesetzesentwurf statt

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

BESSERE RADWEGE

Dem Radverkehr muss höhere Priorität in der Verkehrspolitik eingeräumt werden. Das ist seit langem eine Forderung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Nun wird das brandenburgische Radwegenetz auf unsere Initiative hin aufgewertet: Im Oktober hat der Landtag einen entsprechenden Antrag angenommen. Bestehende Radwege werden verbessert, beim Neubau soll stärker auf Sicherheit, Lückenschlüsse und die Verzahnung von touristischen und straßenbegleitenden Radwegen geachtet werden, ebenso auf einheitliche Beschilderung und bessere Vernetzung mit dem öffentlichen Nahverkehr. Die Kommunen sollen intensiver zusammenarbeiten. Im Herbst 2011 muss die Regierung in einem Fahrradbericht Rechenschaft ablegen.



Wir begrüßen, dass die Koalition zentrale Elemente des bündnisgrünen Antrags übernommen hat. Allerdings weigert sich Rot-Rot bislang, die Investitionen in den Radverkehr offen zu legen. Transparenz ist aber nötig, um gezielt nachbessern zu können. Unseren Informationen nach sind für den Radverkehr lediglich fünf Prozent der Verkehrsinvestitionen vorgesehen, trotz eines Anteils von 20 Prozent am Gesamtverkehr. Deutlich zu wenig!

Ein Wermutstropfen ist auch das Nein der Koalition zum Lückenschluss im Mauerradweg, obwohl sich dieser zu einem touristischen Magneten entwickelt hat. Der nun erfolgte Beschluss ist somit nur ein erster Schritt. Der Radverkehr darf nicht länger Stiefkind der Verkehrsplanung sein.

Michael Jungclaus
Sprecher für Verkehrspolitik

BBI: MAXIMALER LÄRMSCHUTZ

Für Berlins Regierenden Bürgermeister war der geplante Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) in Schönefeld kürzlich noch „eine Erfolgsgeschichte“, für Brandenburgs Ministerpräsidenten „das Ticket in unsere Zukunft.“ Die Euphorie der beiden Aufsichtsräte der Flughafengesellschaft dürfte nun gedämpft sein. Das Chaos um die künftigen Flugrouten am BBI hat das Vertrauen in beide Landesregierungen untergraben. Brandenburgs Landesregierung – zugleich BBI-Genehmigungsbehörde – kann nicht erklären, warum jahrelang auf der Basis paralleler Abflugrouten geplant und der Lärmschutz danach ausgerichtet wurde und nun plötzlich neue Flugrouten als zwingend notwendig betrachtet werden.

Zorn und Frustration der Betroffenen sitzen tief. Die Wahl des problematischen Standorts im berlinnahen Siedlungsgebiet war politisch motiviert. Ausbaden müssen sie die Menschen, über deren Dächern künftig 18 Stunden am Tag Flugzeuge hinweg lärmen sollen. Sie haben sich jahrelang gewehrt – gegen den Flughafenneubau, gegen die Nachtflüge. Dass nun von einem Tag auf den anderen neue Kommunen und Bezirke den Fluglärm abbekommen sollen, wirkt wie ein zynisches Lotteriespiel auf dem Rücken der Bevölkerung. Das bringt Tausende auf die Straße.

Rund um den BBI muss dafür gesorgt werden, dass Fluglärm möglichst vermieden wird, dass Betroffenheit und gesundheitliche Beeinträchtigung der Menschen möglichst gering ausfallen. Vom „Hochleistungs-drehkreuz“ gilt es sich zu verabschieden. Der Lärmschutz muss Vorrang vor dem Leitbild möglichst vieler Flüge bekommen. Vom Wunsch eines unabhängigen Flugbetriebs auf zwei Startbahnen muss man abrücken. Die Nachtruhe geht vor.

Bei der Festlegung der Flugrouten müssen die Bürgerinnen und Bürger endlich mitreden können. Entscheidungen müssen transparent, unter Vorlage umfangreichen Daten- und Kartenmaterials erfolgen. Die Kommunen und Bezirke sollten sich nicht auseinander dividieren lassen. Gefragt sind Beteiligung und Konsens. Hierfür ist ein professionell moderiertes Verfahren notwendig.

Michael Jungclaus
Sprecher für Verkehrspolitik

Näheres auf gruene-fraktion-brandenburg.de/positionen/bbi



JA ZU MEHR DIREKTER DEMOKRATIE!

Von den Auseinandersetzungen um einen Funkmast in Plessow bis zu Stuttgart 21, von den Flugrouten des BBI bis zum Erhalt ihrer Polizeiwache: die Bürgerinnen und Bürger mischen sich zunehmend in politische Belange selber ein und misstrauen den (juristisch korrekten) Entscheidungen ihrer VertreterInnen. Zwischen Parlamentsentscheidungen und Bürgerwillen klafft eine zunehmende Lücke. Durch abnehmende Autoritätsgläubigkeit, individualisiertere Lebensstile und nachlassende Parteienbindung rufen die Menschen in ganz Deutschland nach mehr direkter politischer Beteiligung. In der „Bürgergesellschaft“ sind keine ideologischen Glaubenskriege, sondern Entscheidungen zu konkreten Problemen gefragt.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betrachten dies nicht als Zeichen einer vielbeschworenen „Demokratieverdrossenheit“, denn die Bürgerinnen und Bürger engagieren sich ja mehr als je zuvor. Es ist aber an der Zeit, Elemente der direkten Demokratie zu stärken. Wir sehen darin keine Ablehnung unserer bewährten repräsentativen Demokratie, sondern eine notwen-

dige Ergänzung und Bereicherung.

Zur Stärkung der direkten Demokratie müssen die Hürden für die Volksgesetzgebung herabgesetzt werden. Dies sind auf Länderebene: 1. die Volksinitiative, 2. das Volksbegehren und 3. der Volksentscheid.

Trotz vieler Volksinitiativen bisher keine Chance auf Volksentscheid

Während es in Brandenburg aufgrund des vernünftigen Antragsquorums von 20.000 Stimmen im Vergleich mit Nachbarländern eine erfreuliche Zahl von Volksinitiativen gab, sind alle acht Volksbegehren gescheitert. Ein Volksentscheid hat somit nie stattgefunden! Ein besonderes Hemmnis für Volksbegehren stellt es dar, dass die Unterschriften nicht frei gesammelt werden dürfen, sondern dass die BürgerInnen eine oft weit entfernte Amtsstube aufsuchen müssen. In unserem großen Flächenland stellt dies eine beträchtliche Hürde dar. Das wollen wir ändern! Unsere Fraktion wird einen Gesetzentwurf einbringen, in dem neben der freien Sammlung der Unterschriften und einer längeren Sammlungsfrist auch die Zustimmungsquoren der

Volksentscheide fallen oder abgesenkt werden. Volksentscheide müssen am Maßstab von Wahlen gemessen werden. Es entscheidet die Mehrheit der aktiv Teilnehmenden. Dies ist konsequent, denn NichtwählerInnen stellen ja auch nicht die Legitimität unserer Parlamente in Frage.

Ein weiteres dringendes Problem ist der Themenausschluss bei der Volksgesetzgebung: Gerade der Haushaltsvorbehalt, der schon bei mittelbaren finanziellen Auswirkungen ins Spiel gebracht wird, engt die direkte Demokratie unzulässig ein.

Wir wollen mit unserem Gesetzentwurf aber nicht nur Diskussionsprozesse voranbringen, sondern suchen auch die Debatte mit anderen Fraktionen, um Mehrheiten zu organisieren. Den dringlichen Fragen zur Verbesserung der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene – Einwohneranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden – werden wir uns bei der Evaluierung der Kommunalverfassung 2011 widmen. Auch dort besteht Handlungsbedarf!

*Ursula Nonnemacher
Sprecherin für Innenpolitik*

WARUM DIE ENQUETE-KOMMISSION GUT FÜR BRANDENBURG IST

Kaum ein Jahr ist es her, dass wöchentlich neue Enthüllungen über ehemalige Stasi-IM aus den Reihen der Linken den Landtag in Atem hielten. 20 Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur hatten einige Politikerinnen und Politiker noch immer nicht den Mut, ehrlich zu ihrer Vergangenheit zu stehen. Ihre Vertuschungsversuche machten die eigene demokratische Unreife deutlich, vor allem aber das aktive Wegschauen der letzten drei Landtage. Die Volksweisheit „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“ ist als Devise für ein Landesparlament allerdings untauglich.

Aufarbeitung als Chance

Als der Landtag im Frühjahr 2010 unsere bündnisgrüne Initiative aufgriff und auf Antrag der Oppositionsfraktionen beschloss, sich im Rahmen einer Enquete-Kommission ernsthaft mit der Aufarbeitung der Geschichte und den Folgen der SED-Diktatur nach 1989 zu befassen, war der öffentliche Druck noch allgegenwärtig. Auch der Regierungskoalition war klar, dass sich etwas ändern musste. Ministerpräsident Platzeck gestand selbst ein, dass in Brandenburg nur wenig Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit stattgefunden hat. Brandenburg erhielt endlich eine Stasi-Beauftragte. Doch nun, wo die allgemeine Empörung abgeklungen ist, droht ein Rückfall in alte Muster. Kritische Fragen sind oft wieder unerwünscht. „Schnee von

gestern“, heißt es, oder: „Hinterher ist man immer klüger.“ Stimmt das? Belastet Aufarbeitung den gemeinsamen Weg in die Zukunft? Ist es nicht vielmehr so, dass die Frage, wie wir mit dem schwierigen Erbe der DDR in den letzten 20 Jahren umgegangen sind, neue Antworten ermöglicht? Darauf, was noch zu tun ist; was besser gemacht werden kann; was wir zusammen lernen können?

Es geht um mehr als die Stasi-Vergangenheit

Die Enquete-Kommission bietet die Chance, diese Fragen zu beantworten. Es geht dabei nicht nur um die DDR-Geheimpolizei und deren HelferInnen. Der umfangreiche Prüfkatalog der Kommission umfasst auch die Frage, wie sich das Bildungssystem in den letzten 20 Jahren entwickelt hat und welchen Stellenwert DDR-Geschichte im Curriculum einnimmt. Ebenfalls im Blickpunkt: Wie steht es um den Sport? Konnte die in der DDR politisch motivierte Konzentration auf den Hochleistungssport durch einen breiteren, integrativen Ansatz überwunden werden? Die Kommission muss dort ansetzen, worum es bei Aufarbeitung der Vergangenheit und in unserer Erinnerungskultur tatsächlich geht. Um, wie es der Politikwissenschaftler Helmut König definiert, „...die Frage, wie neu etablierte Demokratien mit den strukturellen, personellen und mentalen Hinterlassenschaften ihrer Vorgängerstaaten umgehen und wie sie in ihrer



Selbstdefinition und in ihrer politischen Kultur zu ihrer jeweiligen belastenden Geschichte stehen.“

Wer die eigene Vergangenheit ausblendet, läuft Gefahr, Fehler zu wiederholen. Wenn die Kommission hingegen durch einen ehrlichen Blick auf die Aufbaujahre nach 1989 konstruktive Ideen für die Zukunft entwickelt, werden wir auf den „Brandenburger Weg“ einmal stolz sein können.

Näheres auf gruene-fraktion-brandenburg.de/positionen/enquetekommission/

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

ALLES MIT RECHTEN DINGEN?

ENQUETE-KOMMISSION BEFASST SICH MIT EIGENTUMSFRAGEN IM LAND BRANDENBURG

Als 1989 die Friedliche Revolution das SED-Regime wegfegte, hofften viele Menschen, denen in der DDR willkürlich ihr Eigentum entzogen worden war, auf einen fairen Zugang zu ihrem Hab und Gut. Es ging ihnen um verstaatlichte Industrie- und Handwerksbetriebe, um konfisziertes Eigentum von „Republikflüchtigen“, um Mauergrundstücke, aber auch um die in LPGen eingebrachten Wiesen und Äcker ihrer Eltern.

Doch nicht alle Hoffnungen wurden erfüllt. Viele Erben mussten die Aneignung von Bodenreformland durch das Land Brandenburg als zweite Enteignung empfinden. Und es sind nicht allein Neusiedlererben und ehemalige LPG-GenossenInnen, die sich vom neu errungenen Rechtsstaat im Stich gelassen fühlten.

Deswegen wollen wir in der Enquete-Kommission zusammen mit der Entwicklung der heutigen Landwirtschaftsstrukturen auch Eigentumsfragen in den Blick zu nehmen: Wie ist das Land mit den Ansprüchen auf Rückgabe früheren Eigentums oder Entschädigungszahlungen umgegangen? Welche Möglichkeiten gibt es heute noch, erlittenes Unrecht abzumildern? Wie kann es gelingen, die weitere Konzentration der Landwirtschaft in agroindustriellen Strukturen zu stoppen? Unser Anliegen ist klar: Wir wollen nicht nur vergangene Fehler diskutieren, sondern tragfähige Lösungen für die Zukunft erarbeiten.

Betroffene der Brandenburger „Bodenreformaffäre“ demonstrierten im Oktober vor dem Landtag.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender



DAS BRANDENBURGER „SCHWEIGEKARTELL“: EIN FEHLER

Wer vertritt das Volk im Parlament? In wessen Hände werden Entscheidungen gelegt, die weitreichende Folgen für Brandenburg haben? Warum gab es keine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der politischen Klasse? „Das war ein Fehler“, räumte Ministerpräsident Matthias Platzeck ein. „Wir hatten in Brandenburg über mehr als zehn Jahre Defizite in dieser Frage. Seien wir ehrlich: Die Vergangenheitsdebatte war in unserem Land seit Mitte der neunziger Jahre tot.“ Diese Fehler und Defizite, die der Ministerpräsident selbst eingesteht, müssen natürlich bereinigt werden. Aber wie ist es darum bestellt?

Nehmen wir das Beispiel der „inoffiziellen Mitarbeiter“ (IM) der Staatssicherheit, mit denen sich die Enquete-Kommission befasst. Eigentlich waren IM nichts anderes als Puppen eines Marionettenspielers, der Staatspartei SED. Puppen also, denen nach den Gesetzen der DDR juristisch nichts vorzuwerfen ist. Doch belastet das hörbare Schweigen der ehemaligen IM sie selbst und die Gesellschaft.

Bei den aktuellen Bemühungen der Kommission, sich ein umfassendes Bild über mögliche IM-Tätigkeiten von Abgeordneten und Verwaltungsbeschäftigten zu verschaffen, hakt es an einem Punkt: Das Parlament ließ sich während seiner ersten Legislaturperiode von der Gauck-Behörde überprüfen. Aber nicht alle Gauck-Bescheide wurden von der Überprüfungscommission geöffnet, stattdessen blieben sie mehr als ein Jahrzehnt lang in der Schublade. Die Öffentlichkeit erfuhr damals nur von zwölf Abgeordneten, die der Staatssicherheit gedient hatten, 17 sollen es gewesen sein. Das Landesarchiv weigerte sich trotz Aufforderung der Enquete-Kommission lange, die Bescheide für Gutachter zugänglich zu machen. Daran, ob der Ministerpräsident bzw. Rot-Rot für vollständige Offenheit sorgt, wird sich zeigen, ob es die Landesregierung ernst damit meint, Fehler zu berichtigen, oder ob sie weiterhin Teil des „Schweigekartells“ bleiben will.

Dr. Helmut Müller-Enbergs
Politikwissenschaftler, Sachverständiger
der Enquete-Kommission

DIE MITARBEITER/INNEN DER BÜRGER/INNENBÜROS STELLEN SICH VOR



Michael Ahlers
BürgerInnenbüro Axel Vogel
Friedrich-Ebert-Straße 2
16225 Eberswalde
Tel. 03334 380 380
Fax 03334 384 073
ahlers@axelvogel.de
www.axelvogel.de



Wolfgang Deuster
BürgerInnenbüro Sabine Niels
Schloßkirchstraße 2
03046 Cottbus
Tel. 03361 377853
buero@sabine-niels.de
www.sabine-niels.de
*Wolfgang Deuster unterstützt zugleich das
BürgerInnenbüro von Michael Jungclaus.
buero@michaeljungclaus.de*



Mike Kess *(Elternzeitvertretung)*
BürgerInnenbüro Sabine Niels
Gartenstraße 42a
15517 Fürstenwalde
Tel. 03361 377853
Tel. 0178-5025829
mail@sabine-niels.de
www.sabine-niels.de



Hannah Kreinsen
BürgerInnenbüro Michael Jungclaus
Rudolf-Breitscheid-Allee 82
15366 Neuenhagen
Tel. 03342 309 016
Fax 03342 309 017
mail@michaeljungclaus.de
www.michaeljungclaus.de



Ulrike Legner-Bundschuh
BürgerInnenbüro Ursula Nonnemacher
Potsdamerstr.10
14612 Falkensee
Tel. 03322 831 290
Fax 03322 121 052
mail@ursulanonnemacher.de
www.ursulanonnemacher.de



Nils Naber
BürgerInnenbüro Marie L. von Halem
Ritterstr. 90
14770 Brandenburg an der Havel
Tel. 03381 5503 452
mail@ml-halem.de
www.ml-halem.de



Andreas Reichling
BürgerInnenbüro Axel Vogel
Friedrich-Ebert-Straße 2
16225 Eberswalde
Tel. 03334 380 380
Fax 03334 384 073
reichling@axelvogel.de
www.axelvogel.de

MARK(E) DER VIELFALT – GROSSE RESONANZ AUF FRAKTIONS-KONGRESS



Wölfe heulen in der Lausitz, Großtrappen balzen rund um Belzig, Zehntausende Kraniche rasten im Havelland: Entwickeln sich Natur und Landschaft in Brandenburg demnach prächtig?

Leider: Auch in Brandenburg gibt es einen dramatischen Rückgang der biologischen Vielfalt. Nur etwa ein Viertel der bedrohten Arten findet gesicherte Lebensbedingungen vor. Durch Flächenversiegelung und Zerschneidung, industriell betriebene Landwirtschaft, Braunkohleabbau und sinkende Grundwasserpegel werden immer mehr natürliche Lebensräume zerstört.

Dringend nötig wäre eine ressortübergreifende Politik, um gegen das Artensterben sowie den Verlust von Lebensräumen und genetischer Vielfalt tatsächlich etwas bewirken zu können. Obwohl bereits 2007 eine nationale Strategie zur biologischen Vielfalt von der Bundesregierung beschlossen worden ist, fehlt in Brandenburg eine verbindliche Landesstrategie jedoch nach wie vor.

Dass der Erhalt der biologischen Vielfalt den Menschen in Brandenburg wichtig ist, zeigte das große Interesse an dem Fachkongress „Mark(e) der Vielfalt“, zu dem die bündnisgrüne Fraktion am 21. September an die Hochschule für Nachhaltige Entwicklung in Eberswalde eingeladen hatte.

Schutzgebiete, Landwirtschaft, Umweltökonomie

In verschiedenen Foren erörterten mehr als 120 Teilnehmende – ExpertInnen und BürgerInnen – den Zustand und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Naturschutzverbände und Umweltministerium stellten die zukünftige Rolle der Schutzgebiete zur Diskussion: Braucht Brandenburg mehr geschützte Gebiete, mehr Wildnis oder ein verbessertes Management der bestehenden Gebiete?

Auch die Auswirkungen der unterschiedlichen Landnutzungstypen auf die biologische Vielfalt wurden diskutiert. Deutlich wurde, dass das artenreiche Grünland bedroht ist. Wichtig für dessen Erhalt ist vor allem eine bessere Kommunikation mit den Landwirten und die Weiterentwicklung von Naturschutzprogrammen für den Ackerbau, z.B. in Form von betrieblichen Naturschutzplänen mit standortangepassten Maßnahmen. Umweltökonomische Ansätze zeigten, wie sehr wirtschaftliches Handeln auch von intakter Natur und Landschaft abhängt. Der Wert der biologischen Vielfalt wird besonders deutlich z.B. anhand von Auen, die wert-

volle Lebensräume darstellen und zugleich kostenintensive Hochwasserschutzmaßnahmen ersetzen.

Landesstrategie fehlt

Das Abschlusspodium betonte einstimmig, dass Brandenburg eine eigene Landesstrategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt dringend benötigt. Die bündnisgrüne Fraktion hat im November einen entsprechenden Antrag eingebracht, der im Landtag leider keine Mehrheit fand. Dennoch werden wir dranbleiben und uns weiter für eine konsequente Biodiversitätspolitik in Brandenburg engagieren.

Alle Beiträge zum Fachkongress finden Sie auf unserer Webseite: gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen/rueckblick/marke-der-vielfalt/. Die Publikation „Mark(e) der Vielfalt“ erhalten Sie kostenlos in unserer Fraktionsgeschäftsstelle.

*Michael Jungclaus
Sprecher für Umweltpolitik*

KLEINSTÄDTE UND LÄNDLICHE RÄUME IM ABSEITS

Brandenburgs Minister für Infrastruktur, Jörg Vogelsänger, macht einen großen Fehler, wenn er – wie geplant – die Kofinanzierungsmittel für die Städteförderung kürzt! Denn damit würde das Land Brandenburg dem Bundesminister Peter Ramsauer den Vorwand liefern, die vorgesehene Kürzung der Bundesmittel für die Städtebauförderung mit Sparscheidungen in den Ländern zu begründen und somit als richtigen Schritt darzustellen.

Die immensen wirtschaftlichen Impulse der Städtebauförderung für Handwerk und kleine Unternehmen sowie die dadurch generierten Steuereinnahmen stellen die aufzuwendenden Fördermittel deutlich in den Schatten. Auch das CO₂-Gebäudersanierungsprogramm der KfW hat sich als effektives Konjunkturprogramm erwiesen und darf nicht gekürzt werden! Mit der Streichung nicht-investiver Maßnahmen im Programm „Soziale Stadt“ steht dieses Programm vor dem Aus, denn sein Erfolgsrezept war gerade die Kombination investiver und nicht-investiver Maßnahmen.

Kleinstädte und ländlicher Raum stark betroffen

Im Falle einer Kürzung von 25 Prozent der Bundesmittel für den Stadtumbau beabsichtigt das Landesministerium, zukünftig in erster Linie die Ober- und Mittelzentren mit Fördermitteln zu bedienen. Mittelfristig könne dieser Kreis dann auf weitere 15 Städte ausgedehnt werden, erläuterte der zuständige Ministeriumsmitarbeiter im Rahmen unseres Fachgesprächs „Leere Kassen, leere Städte? Haushaltskonsolidierung gefährdet nachhaltige Stadtentwicklung in Brandenburg“. Darüber hinaus sollen Stadtumbaustädte in Zukunft keine Förderung mehr für „Soziale Stadt“ erhalten. Maßnahmen zur sozialen Stabilisierung von Wohnvierteln sollen hier in Zukunft ebenfalls mit Stadtumbaumitteln finanziert werden, die in Brandenburg bisher vor allem auf bauliche



Infrastrukturmaßnahmen ausgerichtet waren. Die Förderung für kleine Städte im ländlichen Raum soll ganz gestrichen werden. Dies trifft den ländlichen Raum besonders hart, da auch bei der Dorferneuerung im EU-Programm für ländliche Entwicklung gespart werden soll.

Das Prinzip „Stärken stärken“ zusätzlich zu drastischen Mittelkürzungen nun auch in der Städteförderung anzuwenden, halten wir für den falschen Weg. Denn damit hängt die Landesregierung den ländlichen Raum und mit ihm die kleinen Städte bewusst von der Entwicklung der anderen Landesteile ab. Förderkriterien sollten an Problemlagen und nicht an der Größe von Städten und Gemeinden ausgerichtet werden.

Auf der außerordentlichen Landesbauministerkonferenz Anfang September dieses Jahres versprach Minister Vogelsänger, für alle eingehenden Bundesmittel Landesmittel in gleicher Höhe für den Stadtumbau zu Verfügung zu stellen. Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf bricht er bereits sein Wort. Wir als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden dieses Versprechen einfordern. Ein entsprechender Antrag wurde bereits gestellt.

Kostspieliges Sparen am falschen Ort

Bei der Städtebauförderung zu sparen, zeugt von einer kurzfristigen Auffassung von Politik, die nicht an einer effizienten und effektiven Verwendung öffentlicher Gelder orientiert ist. Schließlich ist zu Recht zu befürchten, dass die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Kürzungen sowie die daraus resultierenden sinkenden Einnahmen für die Kommunen deutlich kostspieliger werden als die Mittel der Städtebauförderung!

Michael Jungclaus
Sprecher für Infrastruktur

ENGLISH? NO, SORRY!

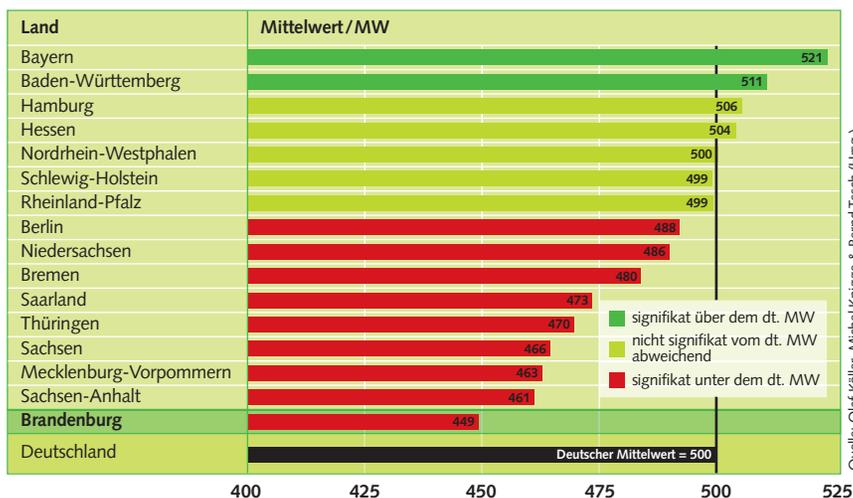
Ende Juni 2010 wurde der letzte Bildungs-Ländervergleich veröffentlicht. Getestet wurde dabei unter anderem in den Fächern Deutsch und Englisch das Lese- und Hörverständnis von NeuntklässlerInnen. Schon im Fach Deutsch nimmt Brandenburg zusammen mit Berlin und Bremen einen der letzten Ränge bundesweit ein, besonders dramatisch ist aber das Abschneiden in Englisch: Beim Leseverstehen belegt Brandenburg vor Bremen den vorletzten Platz, beim Hörverstehen den letzten Platz bundesweit. Im Fach Deutsch wird das Abschneiden der Stadtstaaten zum Teil durch den hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund beeinflusst – für Brandenburg dürfte das kein relevantes Argument sein. Der Englischunterricht in Brandenburg bleibt trotzdem weit hinter den Erwartungen zurück. Damit reiht sich dieser Ländervergleich in eine Vielzahl vorhergehender ein, die immer wieder Brandenburg miserable Plätze zuweisen.

Fortbildung ...

Was tun? Lehrerschelte ist fehl am Platz. Es ist nicht die Schuld der Lehrkräfte, dass der Großteil von ihnen nach der Wende im Schnellverfahren für den Englischunterricht umgeschult wurde. Das Problem ist bekannt und wurde von den zuständigen MinisterInnen geflissentlich übersehen. Aber unsere Kinder haben nur eine Schullaufbahn und können nicht Dekaden auf einen besseren Unterricht warten. Jetzt kündigte

HÖRVERSTEHEN IM FACH ENGLISCH

Mittelwerte der Neuntklässler/innen in den Ländern



der zuständige Minister Holger Rupprecht an, den EnglischlehrerInnen zügig Fortbildungen anzubieten, gemeinsam mit anderen Ost-Bundesländern. Angesichts ebenfalls schlechter Ergebnisse der anderen Ostländer erscheint das zunächst plausibel – wenn mensch sich auch fragt, ob nicht Englisch das meistunterrichtete Fach auf diesem Globus ist und deshalb weder an didaktischer Expertise noch konkreten Fortbildungsangeboten Mangel herrschen dürfte?

... statt Schelte

Nachdem das Ministerium bis zum Schuljahresbeginn kein Handeln erkennen ließ, haben wir im September dem Landtag einen Antrag vorgelegt: Wir wollten ein Fortbildungskonzept mit ein- oder mehrwöchigen Kursen im englischsprachigen Ausland und haben dazu einen konkreten Umsetzungs- und Finanzierungsvorschlag gemacht, mit dem zusätzlicher Unterrichtsausfall weitgehend hätte vermieden werden können. Die Fortbildungen hätten so

schon in den Winterferien 2011 beginnen können. Unabdinglich ist dabei zweierlei: Die Lehrkräfte müssen sowohl finanziell als auch durch Freistellungen während der Unterrichtszeit unterstützt werden. Leider wurde unser Antrag von der Koalition unter Verweis auf die laufenden Bemühungen des Ministeriums abgelehnt.

Im wenig später vorgelegten Haushaltsentwurf 2011 ist kein zusätzlicher Euro für neue Fortbildungsmaßnahmen eingeplant. Das heißt, das Ministerium plant, andere Fortbildungsmaßnahmen entsprechend zu kürzen – angesichts des allgemeinen Bedarfes danach geradezu fahrlässig! Und die Mühlen mahlen langsam: Ende Oktober gab es immer noch keinerlei Konzept. Mit den Fortbildungen wird das dann wohl in diesem Schuljahr nichts mehr werden. Dabei wäre es in einer immer stärker globalisierten Welt doch wichtig, mehr Englisch zu können als nur 'so sorry'...

Marie Luise von Halem
Bildungspolitische Sprecherin

SPIELRÄUME FÜR EINE GUTE BILDUNG

Die rot-rote Regierung in Brandenburg hat mehr Chancengerechtigkeit und Qualität im Bildungswesen versprochen. Vor ziemlich genau einem Jahr betrat sie die politische Bühne. Für uns Bündnisgrüne Zeit für eine erste Bilanz. Fest steht: Das Brandenburger Bildungssystem schneidet im bundesweiten Vergleich nach wie vor erschreckend schlecht ab. Fest steht aber auch: Viele Schulen in Brandenburg zeigen, wie mit großem Engagement und hervorragenden Konzepten Lernen und Lehren anders und besser gelingen – ohne zusätzliche finanzielle Mittel. Auf unserem Bildungskongress „Spielräume - Wie schaffen wir gute Schulen in Zeiten knapper Kassen?“ am 20. November 2010 in der Montessori-Schule Potsdam haben wir mit den Bildungspolitikerinnen von SPD und Linken sowie VertreterInnen des Landeschülerrats, des Landeselternrats und des Landesrats der Lehrkräfte diskutiert, was wir besser machen können. Unser Ansatz: Gemeinsam klären, welche Spielräume uns innerhalb der po-

litischen Rahmenbedingungen für eine gelungene Schulbildung zur Verfügung stehen.

Wir sind dabei einen neuen Weg gegangen, indem wir in die Diskussion Spielsequenzen eines Improvisationstheaters einbauten. Anschließend loteten wir Handlungsspielräume anhand von konkreten Beispielen in Workshops aus: Wie können neue Modelle für individuelles Lernen aussehen? Wie kann Bildung im ländlichen Raum erhalten bleiben? Wie funktioniert die verstärkte Eigenverantwortung von Schulen? Was sind die Erfolgsfaktoren der Ganztagsbetreuung? Wie vermeiden wir Schulversagen und Schulabbruch? ExpertInnen und sachkundige ModeratorInnen standen uns dabei zur Seite.

Marie Luise von Halem
Bildungspolitische Sprecherin

Näheres im Internet
gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen/rueckblick/bildungstagung

PUBLIKATIONEN



Sie haben Interesse an einer unserer Publikationen oder wollen brandGRÜN abonnieren?

Schreiben Sie uns eine E-Mail an: info@gruene-fraktion-brandenburg.de

Auf unserer Webseite finden Sie alle Publikationen als Download: gruene-fraktion-brandenburg.de/service/publikationen/

TERMINE

Neujahrsempfang der Fraktion

Brandenburger Landtag, Raum 306
Montag, 17.01.2010, 17:30 - 20:30

Fachgespräch „Bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen“

Gesprächspartner: Harald Terpe, MdB
Landtag Brandenburg, R. 505
Mittwoch, 09.02.2011 / ab 19:00 Uhr

„Frauensache Wirtschaft“

Orangerie im Schlosspark, 16515 Oranienburg
Samstag, 05.03.2011 / 10:30 - 16:30 Uhr

Fachtagung Energie

Freitag, 11.03.2011 / 09:00 - 17:00

Weitere Informationen zu unseren

Fraktionsveranstaltungen 2011:

gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen/

IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Am Havelblick 8 , 14473 Potsdam
Tel. 0331 9661701
info@gruene-fraktion.brandenburg.de

V.i.S.d.P.: Tobias Arbingler

Redaktion: Karin Chladek,
Franziska Petruschke

Satz und Layout: Zitrusblau, Berlin
Papier 100 % aus Altpapier,
Umweltengel



IM BRANDENBURGER LANDTAG